



Alessia Pierdomenico / Shutterstock.com

Das Triumvirat des Grauens: Giorgia Meloni, Silvio Berlusconi und Matteo Salvini (Rom, 1. März 2018)

Armen nimmt und den Reichen gibt. Ihr gesamtes Regierungsprogramm enthält denn auch alle wesentlichen Forderungen der einstigen P2-Loge, der Berlusconi ja angehörte. Das war jener Geheimbund des rechten Establishments Italiens, der über Jahrzehnte bis in die 80er Jahre verdeckt agierte mit seinem autoritären Programm, zu dem die schon seit langem angestrebte Umwandlung der parlamentarischen in eine präsidentiale Republik gehörte mit weitreichendem Verlust demokratischer Kontrollen. Eine daraus folgende Stärkung der Exekutive zu Lasten der Legislative soll jene „governance der Eliten“ befördern, die erstmals 1975 von der „Trilateralen Kommission“ zur Begrenzung eines vermeintlichen „Exzesses an Demokratie“ in den westlichen Staaten gefordert wurde. Um diesen fortschreitenden Demokratie-Abbau geht es auch in Zukunft. Die erste parlamentarische Maßnahme im neuen Jahr zielt auf die Verabschiedung des schon lange von der Lega vorbereiteten Gesetzes zur Schaffung der „autonomia differenziata“ der Regionen Italiens, ein komplexes Vorhaben für deren größere finanzielle Autonomie, das von der Opposition als fataler erster Schritt zur Spaltung und Auflösung des Nationalstaates angesehen wird. Sie will als ultima ratio versuchen, das mit einem Volksentscheid zu verhindern, ein schwieriges Unterfangen.

Auch diverse Gesetzentwürfe zur Verstärkung der inneren ‘Sicherheit’, z.B. gegen sogenannte „eco-vandali“, zur Beschneidung der Informationsfreiheit der Presse bei Justizverfahren oder gar zur Abschaffung des Straftatbestandes Amtsmissbrauch, die das Durchregieren erleichtern soll, sind weitere autoritäre Kennzeichen. Die Versuche zur weiteren Abschreckung der Migranten bewegen sich im Kontext menschenverachtender Maßnahmen zur Errichtung der Festung Europa. All das steht im Einklang mit den aktuellen Tendenzen zur Konzentration von Kapital und Herrschaft, von deren struktureller Ungleichheit das 54. World Economic Forum in Davos soeben ein deutliches Bild gab. Der parallel dazu erschienene Oxfam-Bericht „Disugialita“ bestätigt diesen Befund in Italien mit erschreckenden Beispielen.

Der kontinuierliche Deindustrialisierungsprozess Italiens,

der seit den 80er Jahren die bis dahin führende Staatsindustrie privatisiert und weitgehend ausgeschaltet hat, vereinzelt auch die Arbeiter und überließ sie zunehmend sich selbst. Die in diesem Kontext 1991 erfolgte Abschaffung der „scala mobile“ zeigte rasch fatale Konsequenzen. Diese automatische Lohnanpassung an die Inflationsrate hatte den italienischen Arbeitern seit den 70er Jahren erstmalig ein höheres Konsumniveau ermöglicht und den Nachkriegs-Aufschwung in Gang gehalten, den Erwerb von Autos, Wohnraum und langfristigen Konsumgütern für Viele. Die anschließende Begrenzung der Löhne unterhalb der sogenannten „programmierten“ Inflationsrate, die die Regierung damals jährlich festlegte und die seitdem immer unter der realen Inflation lag, führte dann bald zu jenem in der EU einzigartigen Phänomen des Stillstands der italienischen Reallöhne seit nunmehr drei Jahrzehnten. Die seit 2022 wieder erstarkte Inflation hat, in einer Art Blitzkrieg, die Arbeitenden und die Kleinsparer weiter verarmt zugunsten der Profite der Großbetriebe und vor allem der Finanzwelt.

Selbst diesen jüngsten Einbußen der Löhne von insgesamt ca. 15% in den letzten Jahren konnten die Gewerkschaften bisher keine ausgleichenden Tarifabschlüsse entgegensetzen, ja, nicht einmal die seit Jahren nach EU-Recht geforderte Einführung eines Mindestlohns von 9 € pro Stunde erreichen.

Zuletzt streikten noch am 22. Dezember die Arbeiter vieler Dienstleistungsbetriebe und der Tourismusbranche, die oft prekär zu Stundenlöhnen von unter 5 € arbeiten müssen. Schon am 17. Juni 2023 hatte die Oppositionspartei der 5-Sterne (M5S), angeführt von Giuseppe Conte, zu einer großen Demo „Basta vite precarie“ gegen Prekarität und Melonis angekündigte Streichung des Bürgergeldes für Hunderttausende aufgerufen, das Regierungschef Conte selbst eingeführt hatte. Die größere Demokratische Partei (PD) schloss sich dem nicht sofort an, sondern demonstrierte erst am 11. November in Rom „für ein gerechteres Italien“.

Nach der Sommerpause waren die Betroffenen selbst wieder auf Straßen und Plätze gezogen, organisiert von Gewerkschaften